

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) Tagesordnungspunkt 34 h:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 402 zu Petitionen

Drucksache 18/10887

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen keine. Diese Sammelübersicht ist wieder einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 34 i:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 403 zu Petitionen

Drucksache 18/10888

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Gegen die Fraktion Die Linke – Enthaltungen keine – ist diese Sammelübersicht angenommen.

Tagesordnungspunkt 34 j:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 404 zu Petitionen

Drucksache 18/10889

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ist diese Sammelübersicht angenommen.

(B)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 21:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Fünften Gesetzes zur Änderung des Sprengstoffgesetzes**

Drucksachen 18/10455, 18/10821, 18/10924 Nr. 1.18

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

Drucksache 18/11005

Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/11005, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf den Drucksachen 18/10455 und 18/10821 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Wer für den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung ist, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. – Wenn jemand dagegen ist, hätte er jetzt Gelegenheit dazu, sich zu erheben. – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Gibt es auch nicht. Damit ist dieser Gesetzentwurf angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf:

(C)

- Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015) und 2295 (2016) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015 und 29. Juni 2016

Drucksachen 18/10819, 18/10967

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 18/10988

Über die Beschlussempfehlung zu diesem Vorhaben werden wir später namentlich abstimmen, und zwar ziemlich genau in 38 Minuten, wenn sich alle an die Redezeiten halten, die nach den Vereinbarungen der Fraktionen für sie vorgesehen sind. – Widerspruch dagegen kann ich nicht erkennen, also verfahren wir so.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Kollegin Petra Ernstberger für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Petra Ernstberger (SPD):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wie der Herr Präsident gerade erklärt hat, stimmen wir heute über die Fortsetzung, aber auch die Erweiterung der Beteiligung bewaffneter Streitkräfte an der UN-Mission MINUSMA in der Republik Mali ab. Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, meine Anerkennung, aber auch meinen Dank an all unsere Streitkräfte, die dort bisher Dienst getan haben, auszudrücken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Konflikt in Mali ist alt, und er ist klassisch. Es geht um die Verteilung von Ressourcen – Land, Wasser – vor allem zwischen den Bevölkerungsteilen, die sich mit Viehzucht oder Ackerbau auseinandersetzen. Als im Jahr 2012 der damalige Präsident Touré durch einen Militärputsch gestürzt wurde, fiel das Land ins Chaos und in eine permanente Sicherheitskrise. Gerade in den Landesteilen im Norden herrscht ein eklatantes Defizit an verlässlicher Staatlichkeit. Rebellengruppen und Milizengruppen fragmentieren immer mehr, rivalisieren untereinander und bekämpfen einander. Sie haben aber große Teile des Nordens unter Kontrolle. Deswegen stehen dort täglich Konflikte auf der Tagesordnung.

Wellen von Gewalt überschwemmen das Land. Und wer leidet? Wie immer die Zivilbevölkerung. Die Fortschritte in dem bereits existierenden Friedensprozess

Petra Ernstberger

- (A) werden einfach zurückgeworfen. Aber noch alarmierender ist, dass die Rechtlosigkeit und die Gewalt nun auch in Zentralmali angekommen sind. Ausläufer der Krise haben bereits Nachbarstaaten wie Burkina Faso und Niger erreicht. Diese immer wieder aufflammenden Rebellkonflikte, die terroristischen Anschläge und auch die organisierte Kriminalität in Mali entwickeln sich zu einem Krisenherd, der die ganze Sahelregion gefährden kann.

Die malischen Sicherheitsstrukturen sind im Moment noch relativ schwach. Sie können dieser Entwicklung mit ihren Kapazitäten keinen Einhalt gebieten. Deswegen ist die Aufrechterhaltung des UN-Mandats und der UN-Mission MINUSMA für die Stabilität dieser Region absolut unerlässlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch wir Deutsche wollen mit unseren Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unser bereits seit 2013 aktives Engagement in dieser Region fortsetzen. Wir wollen nämlich Mali zu einer friedlichen Zukunft verhelfen.

MINUSMA hat dabei ein Ziel für absolut erklärt, nämlich: Der von der internationalen Gemeinschaft unterstützte Stabilitätsprozess soll es der Republik Mali möglichst bald ermöglichen, langfristig auf eigenen Beinen zu stehen. Der Friedensvertrag, den die malische Regierung im Sommer 2015 mit den zwei wichtigsten Rebellgruppen geschlossen hat, bietet dafür mit all den Maßnahmen, die er beinhaltet, eine gute Basis. Leider, wie gesagt, geht es mit dem Vertrag jedoch nur sehr schleppend voran. Aber er ist abgeschlossen.

(B)

Gerade die Kämpfe in der Tuareg-Hochburg Kidal und um wichtige Schmuggler Routen im Norden des Landes haben die malische Bevölkerung allerdings überhaupt nicht zur Ruhe kommen lassen. Je länger die Umsetzung des Friedensvertrages dauert, desto mehr haben Terroristen, kriminelle Banden und Rebellen in Mali und der gesamten Sahelzone die Möglichkeit, sich auszubreiten. Das muss verhindert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Politisch und zivil unterstützt Deutschland Mali bereits seit etlichen Jahren mit einer Vielzahl an bilateralen Entwicklungsprojekten in dieser Region.

Die Verfassungsreform, die eine Dezentralisierung der Regierungsstrukturen und eine Entwicklung aller Regionen Malis vorsieht, ist dringend nötig. Dabei steht den Autoritäten in Mali unser Max-Planck-Institut als Unterstützung und als Berater zur Verfügung. Das Auswärtige Amt unterstützt zudem das Ministerium für Versöhnung, den Hohen Beauftragten für den Friedensprozess sowie weitere malische Friedensinstitutionen.

In Projekte der humanitären Hilfe für Mali und seine Nachbarländer hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr 26,5 Millionen Euro investiert. Man muss nämlich bei den Wurzeln des Konfliktes ansetzen. Einige Beispiele: Ein Basketballplatz für Jugendliche, der von Dschihadisten zerstört worden war, wurde wieder aufgebaut, eine Straße wurde gebaut, Brunnen wurden gebohrt. Dafür möchte ich auch der GIZ ganz herzlich danken, die dort hervorragende Arbeit leistet.

- (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber all das können wir nicht ohne militärische Unterstützung leisten, mit der wir zum Schutz der Bevölkerung beitragen. Dazu brauchen wir auch die Aufstockung unseres Mandates; denn wir haben inzwischen von den Niederländern acht Hubschrauber übernommen, die dazu dienen, die Protektion zu unterstützen. Für diese Hubschrauber brauchen wir mehr Soldatinnen und Soldaten. Weil es in diesem Land ohne eine solche militärische Flankierung keine friedliche Entwicklung geben kann, werden wir heute dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat Niema Movassat für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Niema Movassat (DIE LINKE):

- (D) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute entscheiden wir über die Fortführung und Erweiterung der Bundeswehrebeteiligung an der UN-Mission MINUSMA in Mali. Die Bundesregierung will die Zahl der Soldaten auf 1 000 aufstocken. Die Mali-Mission wäre damit der größte laufende Bundeswehreininsatz, selbst größer als der Einsatz in Afghanistan.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und sinnvoller!)

Auch Transport- und Kampfhubschrauber sollen jetzt zum Einsatz kommen. Die Linke wird dazu heute klar Nein sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte Ihnen gerne fünf Gründe nennen, warum wir das tun:

Erstens. Die Parallelen zum gescheiterten Afghanistan-Einsatz sind erschreckend. Laut dem Wehrbeauftragten ist der Einsatz in Mali sogar so gefährlich wie seinerzeit der NATO-Kampfeinsatz gegen die Taliban. So wie in Afghanistan haben Sie die Bundeswehr Stück für Stück in eine offensive Kampfoperation geschickt. In Mali fing es mit 20 deutschen Soldaten an, jetzt sind wir bald bei 1 000. Im Mandatstext ist nun vom „aktiven Schutz des Mandats ... durch das Bekämpfen asymmetrischer Angriffe“ die Rede. Um es auf den Punkt zu bringen: Das ermöglicht es, mit Kampfhubschraubern aktiv Krieg zu führen. Ich frage mich: Was ist der nächste Schritt bei dieser Salamtaktik? Kampfflugzeuge? Sie sind schon wieder dabei, sich kopf- und planlos in den

Niema Movassat

- (A) nächsten langwierigen Krieg zu verstricken. Dazu kann man nur Nein sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Der Einsatz ist teuer und bringt nichts. Vor drei Jahren versprochen Sie uns, die Terrorgefahr in Mali durch die Militärmission zu verringern. Leider haben Sie einmal mehr außer Acht gelassen: Terror kann man mit Krieg nicht besiegen. MINUSMA ist eine Mission voller Konstruktionsfehler. Der UN-Untergeneralsekretär für Blauhelmissionen, Hervé Ladsous, erklärte kürzlich, dass die politischen Grundfragen nicht geregelt sind. Die Mission hat zwar die Unterstützung der dortigen Regierung, aber nicht der Bevölkerung. Bei Friedensdemonstrationen im nordmalischen Gao stand auf Plakaten: „Nieder mit MINUSMA“. Den Unmut der Bevölkerung bekommen die deutschen Soldaten zu spüren. Sie werden immer mehr zur Zielscheibe. Denn für die Kombattanten ist Deutschland Konfliktpartei. Auch deutsche Soldaten zweifeln am Sinn des Einsatzes. Dem Magazin *Loyal* des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr sagte ein Bundeswehrsoldat, der in Mali ist:

... meinen Verwandten daheim kann ich nicht erklären, warum ich in Mali bin und was wir hier erreichen wollen.

(Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Sehr selektiv rausgepickt haben Sie das!)

Das sollte all denjenigen, die heute zustimmen wollen, zu denken geben.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Sie flankieren Ihre Rohstoffpolitik zunehmend militärisch. Im Weißbuch der Bundeswehr steht zum Thema Rohstoff- und Energiesicherheit, Deutschland müsse „flexibel Elemente seines außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums einsetzen, um Störungen oder Blockaden ... zu beseitigen“.

Anders gesagt: Sie wollen auch militärische Mittel zur Sicherung des Rohstoffbedarfes einsetzen.

Der Link zu MINUSMA ist offensichtlich. So schrieb die *Wirtschaftswoche*, die wahrlich kein linkes Blatt ist, schon 2013:

Die einzigen bekannten und strategisch wichtigen europäischen Interessen in der Region sind die Uran- und Ölvorkommen in Mali und die französischen Uranminen im angrenzenden Niger.

Die Grenzen zwischen beiden Ländern existieren sowieso nur auf dem Papier. Frankreichs enormer Bedarf an Uran wird zu einem Drittel aus dem Niger gedeckt. Und Deutschland? Deutschland ist immer noch einer der größten europäischen Atomstromproduzenten und erhält sein Uran wiederum aus Frankreich. Es ist nicht schwer, hier eins und eins zusammenzuzählen.

Seit Jahren bauen Sie die Bundeswehr um. Sie soll in die Lage versetzt werden, offensive Kampfoperationen in unwirtlichen, rohstoffreichen Gebieten zu führen. Mali dient hier auch als Übungsfeld. Das lehnt die Linke ab.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Viertens. Ihr Umgang mit Mali ist voller Doppelstandards. Die EU und Deutschland machen Länder wie Mali zu Erfüllungsgehilfen ihrer Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge. MINUSMA spielt hier auf zwei Arten eine wichtige Rolle. Einerseits werden Menschen, die versuchen, über Mali nach Europa zu gelangen, häufig von MINUSMA-Soldaten verhaftet und an die Gendarmerie übergeben – sie landen dann erst einmal bis zu sechs Monaten im Gefängnis –, und andererseits hilft die europäische Militärpräsenz, eine Drohkulisse gegenüber der malischen Regierung aufzubauen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Meine Güte!)

Sie wollen sie zur Kooperation bei Abschiebungen und Migrationskontrolle zwingen. Das hat die EU-Kommission recht unverblümt gesagt. Dabei ist Mali so unsicher, dass die deutschen Soldaten dort die maximale Risikopauschale erhalten. Aber um Flüchtlinge dorthin abzuschicken, soll es sicher genug sein? Das ist einfach nur zynisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Fünftens. Die Ursache für den Dauerkonflikt in Mali packen Sie nicht an: die desaströse wirtschaftliche Lage. Armut und Perspektivlosigkeit im Norden Malis sind die Gründe dafür, dass sich junge Menschen den Separatisten und Islamisten anschließen. Sie müssen die sozialen Ursachen des Terrors bekämpfen, statt immer mehr Soldaten in alle Welt zu schicken. Das wäre der richtige Weg.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Henning Otte hat als nächster Redner für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Henning Otte (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beschließen heute die Verlängerung und die Ausweitung des MINUSMA-Mandates in Mali. Wir waren als Abordnung von Parlamentariern gemeinsam mit unserer Bundesverteidigungsministerin erst kürzlich in Mali, und wir haben uns vor Ort selbst ein Bild davon gemacht, wie groß die Herausforderungen sind, die auf unsere Soldatinnen und Soldaten zukommen. Es gibt Belastungen vor Ort, aber auch für die Familien zu Hause. Das haben wir sehr wohl im Blick. Deswegen ist es wichtig, deutlich zu machen, warum der Einsatz in Mali für die Sicherheit Deutschlands und Europas von besonderer Bedeutung ist.

Ich möchte – schon allein aus Höflichkeit – kurz auf meinen Vorredner eingehen. Man kann sich nur wundern: Sie konstruieren hier eine Reihe von Argumenten. Sie verunglimpfen damit den guten Ansatz der Leistungen vor Ort, und Sie verkennen völlig die Verantwortung, die wir Parlamentarier in Deutschland für die Sicherheit unseres Landes, Europas und auch für die Sicherheit Nordafrikas haben. Das war keine Parlamentsrede, das

Henning Otte

(A) war eine parteiideologische Rede. Man kann nur sagen: Thema komplett verfehlt!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Karl-Heinz Brunner [SPD])

Wir haben in den letzten Jahren zunehmend erkannt, dass wir unser Engagement verstärken und mehr Verantwortung übernehmen müssen, um die Konflikte dort einzudämmen, wo sie entstehen; denn ansonsten spüren wir die Auswirkungen dieser Konflikte auch hier bei uns: in Form von Terror, aber auch in Form von Menschen, die vor Terror fliehen. Deswegen sagen wir als CDU/CSU-Fraktion und auch als Koalition: Dieser Einsatz ist notwendig. Wir verlängern dieses Mandat.

Meine Damen und Herren, Mali hat eine Schlüssel-funktion im Norden Afrikas für die gesamte Sahelregion – das ist schon angesprochen worden –, insbesondere für die Nachbarstaaten Mauretanien, Burkina Faso und Niger. Deswegen ist es wichtig, herauszustellen, dass der Niger, aber auch Mali für Gesamtwestafrika als Transitland – über Libyen und das Mittelmeer – in Richtung Europa bedeutsam sind. Deswegen ist es so wichtig, gemeinsam mit den Regierungen vor Ort den Terror von Boko Haram, Tuareg-Rebellen oder islamistischen Milizen zu bekämpfen, meine Damen und Herren. Das ist notwendig, und diese Verantwortung übernehmen wir.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) Mit dieser Stabilisierungsmission MINUSMA als Mandat der Vereinten Nationen, begleitet von der europäischen Ausbildungsmission EUTM, aber auch in Zusammenarbeit mit ECOWAS, der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten, verfolgen wir gemeinsam das Ziel, auch in Mali Stabilität und Sicherheit erreichen.

Dennoch sage ich: Die Lage ist weiterhin fragil; sie bedarf unserer besonderen Aufmerksamkeit. Der Zusammenbruch von Mali hätte eine extrem negative Kettenreaktion mit unvorhersehbaren Folgen auch für Europa zur Folge. Deshalb müssen wir erreichen, dass das Land dauerhaft stabilisiert wird, damit Migrationsbewegungen gar nicht erst stattfinden und vor allem der Terror bekämpft wird. Da ist der Einsatz der Bundeswehr, eingebunden in die afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung, ein ganz wesentlicher Baustein. Der vom Entwicklungsmi-nister initiierte Marshallplan mit Afrika ist ein weiterer Baustein. Die Vernetzung all dieser Dinge soll dazu beitragen, dass wir Stabilität erreichen. Dafür übernehmen wir als Koalition Verantwortung und stimmen dem Mandat heute zu.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abge-
ordneten der SPD)

Wir weiten den Einsatz aus. Bisher waren 600 Soldatinnen und Soldaten dort und haben Aufklärungsmissionen durchgeführt, um ein Lagebild zu gewinnen. Das verlangt auch Leib und Seele viel ab. Wir erweitern jetzt auf 1 000 Soldatinnen und Soldaten, um Hubschrauberkapazitäten zur Verfügung zu stellen. Die niederländischen Soldaten beenden ihren Auftrag jetzt vereinbarungsgemäß, und wir ersetzen sie. Wir sorgen für die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten, indem ein gemischter Heeresfliegerverband unter der Leitung des

(C) Transporthubschrauberregiments aus Faßberg und Niederstetten, aber auch ein Kampfhubschrauberanteil aus Fritzlar eingesetzt werden. Damit wird verdeutlicht: Wir wollen für die Lebensversicherung unserer Soldatinnen und Soldaten das Maximale tun. Diese Herausforderung nehmen wir an.

Ich freue mich, dass heute auch der Bürgermeister der Gemeinde Faßberg, Frank Bröhl, aus Interesse für seine Soldatinnen und Soldaten und Gemeindemitglieder auf der Tribüne Platz genommen hat und auch der Generalarzt als Inspekteur des Sanitätswesens heute hier ist. Meine Damen und Herren, das zeigt auch: Wir haben die Unterstützung vonseiten der Kommunalpolitik und der Streitkräfte, binden diese in unsere Verantwortung mit ein und machen so deutlich: Wir unterstützen unsere Soldatinnen und Soldaten. Wir geben ihnen volle Rücken-deckung. Wir helfen ihnen auch, wenn sie in Bedrängnis sind. Deswegen ist es gut, dass die Koalition heute diese Verantwortung gemeinsam für unsere Sicherheit über-nimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abge-
ordneten der SPD)

Der Einsatz ist herausfordernd, er ist auch gefährlich. Das zeigen die Erfahrungen mit Anschlägen vor Ort; das zeigt auch der Anschlag vom 18. Januar. Aber auch die klimatischen Bedingungen und das unbekannte Terrain, aber vor allem die Raumsituation im Lager sind Herausforderungen. Deswegen ist es gut, dass es einen Aus-landsverwendungszuschlag in der höchsten Stufe, der Stufe 6, gibt. Das ist Ausdruck von Verantwortung, und ich bin insbesondere unserer Bundesverteidigungsmi-nisterin für die klare Haltung in dieser Angelegenheit – auch aus Fürsorge für unsere Soldatinnen und Soldaten – dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) Meine Damen und Herren, wir bauen auf den in inter-nationalen Einsätzen gesammelten Erfahrungen auf und fordern daher eine klare Ablöseregelung für unseren intensiven Hubschraubereinsatz. Wir sagen aber auch: Wir müssen die Belastungen im Heimat- und Grundbetrieb möglichst minimieren; denn wir müssen voraussicht-lich mehr für die Sicherheit unseres Landes und Europas sowie für ein stabiles Europa tun, indem wir auch Kon-fliktsituationen dort eindämmen, wo sie entstehen.

Wir haben die dafür notwendigen finanziellen, materi-ellen und auch personellen Trendwenden eingeleitet. Der Verteidigungshaushalt wird erhöht, um die Mittel dafür zu haben, dass wir uns auch zukünftig so erfolgreich für Frieden, für Freiheit und für Sicherheit einsetzen können. Dazu sind wir zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bür-ger verpflichtet, aber auch aufgrund unserer Verantwor-tung für Nordafrika. Deswegen stimmen wir als CDU/CSU-Fraktion diesem Mandat heute aus voller Überzeu-gung zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.
Petra Ernstberger [SPD])

(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin spricht Agnieszka Brugger für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann ihn nicht mehr hören und lesen, diesen Vergleich zwischen Mali und Afghanistan. Ich finde ihn ignorant, ich finde ihn populistisch und auch falsch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei allem Verständnis dafür, dass man in der politischen Debatte auch mal zuspitzen muss: Man kann doch nicht eine Friedensmission der Vereinten Nationen unter ziviler Leitung mit starken zivilen und polizeilichen Elementen, deren Auftrag es ist, die Umsetzung eines Friedensabkommens zu überwachen und einen Versöhnungsprozess zu begleiten, mit dem Label „Krieg“ versehen, sie als Konfliktpartei bezeichnen und mit einer NATO-Mission in Afghanistan vergleichen, die in ihrer schärfsten Phase Terroristen bekämpft hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es wäre ja wünschenswert, dass es in Afghanistan auch ein Friedensabkommen gibt, das man überwachen könnte; aber in Mali gibt es das, und das ist doch ein zentraler Unterschied.

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht, dass Sie mich falsch verstehen: Ich will nichts schönreden. Die Lage in Mali ist alles andere als gut und rosig. Das zeigen die hohe Zahl von Todesopfern und die vielen grausamen Anschläge, die dort von extremistischen Gruppierungen verübt werden, die gerade diesen Friedensprozess torpedieren und zerstören wollen.

Aber auch die malische Regierung, ihr nahestehende Milizen und die Rebellengruppen aus dem Norden spielen immer wieder auf Zeit. Sie suchen den eigenen Vorteil und versuchen, sich ein Stück weit aus diesem Friedensabkommen herauszubewegen. Das kennen wir doch auch aus anderen Konflikten. Am Verhandlungstisch bekennen sich alle Konfliktparteien natürlich immer zu den Vereinbarungen; aber wenn es konkret wird, versuchen sie, auszuweichen. Da leistet die Bundeswehr mit ihren Aufklärungsfähigkeiten einen unheimlich wichtigen Beitrag, indem sie genau überprüft: Wer hat wann welchen Verstoß gegen dieses Friedensabkommen begangen? Das ist wirklich ganz zentral, damit diese Mission Erfolg haben kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Mit dem neuen Mandat, das wir heute hier beraten, werden zusätzlich Hubschrauber bereitgestellt. Das ist notwendig geworden, weil die Niederländer diese Fähigkeiten aus der Mission abziehen. Es geht darum, dass die Konvois, die ja immer wieder Ziel von Angriffen wer-

den, geschützt werden. Es geht aber auch darum, Verwundete transportieren und retten zu können. Ich bin mir sicher, dass hier parteiübergreifend kein Abgeordneter einem Einsatz zustimmen würde, bei dem die Rettungskette für die Soldatinnen und Soldaten nicht gesichert ist. Auch von daher ist es richtig, dass Deutschland sich bereit erklärt hat, diese Mission in Zukunft mit dieser sehr kritischen Fähigkeit zu unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich würde mir wünschen – das ist auch angesichts der dramatischen Materiallage bei den deutschen Hubschraubern wichtig –, dass auch andere westliche Nationen qualifiziertes Personal und mehr Hochwertfähigkeiten zur Verfügung stellen, damit die Friedensmissionen der Vereinten Nationen ihre Aufträge in vielen Krisengebieten dieser Welt wirklich erfüllen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so falsch ich diesen simplen Vergleich mit Afghanistan finde, so wichtig und richtig ist es doch, Lehren aus den Fehlern zu ziehen, die man in Afghanistan gemacht hat, und diese Fehler in anderen Einsätzen nicht zu wiederholen. Ich will auf zwei Beispiele eingehen:

Ich glaube, das Beispiel Afghanistan hat gezeigt, wie wichtig es ist, auf den politischen Prozess zu achten und in diesen unheimlich viel zu investieren. Am Ende kann man Konflikte eben nicht mit Militär, nicht mit Soldatinnen und Soldaten lösen. Dazu bedarf es einer besseren Abstimmung der vielen Akteure in Mali, und es braucht auch mehr Druck, um alle Konfliktparteien in die Pflicht zu nehmen, damit sie sich an dieses Friedensabkommen halten. Ich wundere mich schon ein bisschen über die Bundesregierung, die auf einmal große Kraft entfalten und Druck ausüben kann, wenn es um Fragen von Migration und Rücknahmeabkommen geht, aber leise auftritt, wenn es beispielsweise darum geht, Korruptionsbekämpfung oder die Umsetzung des Friedensprozesses einzufordern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann Fluchtursachen auch nicht mit den härtesten Rücknahmeabkommen bekämpfen, sondern nur, indem man alles tut, um bestimmte Voraussetzungen für Sicherheit, Stabilität und Frieden in der Konfliktregion herzustellen.

Eine Lehre aus Afghanistan ist für mich Folgendes: Es gibt nie eine Erfolgsgarantie für einen Einsatz. Deshalb beraten wir ja auch Jahr für Jahr über die Mandate. Das darf auch nicht zu einem reinen Selbstzweck werden, sondern wir müssen Jahr für Jahr immer wieder prüfen: Wie sieht denn die Lage aus? Wie groß ist denn die Chance? Gibt es noch ein Zeitfenster für eine politische Lösung? Denn am Ende des Tages können wir die Akteure vor Ort nicht dazu zwingen, einen Friedensprozess durchzuführen. Wir können sie dabei nur unterstützen und in die Pflicht nehmen.

Ich glaube, es gibt noch eine Chance in Mali. Es gibt noch einen Hoffnungsschimmer. Ohne die Friedensmission der Vereinten Nationen würde es dieses Friedensabkommen wahrscheinlich überhaupt nicht geben. Es gäbe

(C)**(D)**

Agnieszka Brugger

- (A) niemanden, der die Konfliktparteien in die Pflicht nimmt. Das Zeitfenster für einen Versöhnungsprozess, für eine politische Lösung wäre viel kleiner. Deshalb werden wir Grüne dieser Mission heute mit großer Mehrheit zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin spricht Elisabeth Motschmann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich beschäftigt im Zusammenhang mit dem Bundeswehreininsatz in Mali heute ein einziger Punkt. Es geht mir um einen vermeintlichen Widerspruch, um eine Forderung auf der einen Seite und einen Vorwurf auf der anderen Seite. Die Forderung lautet: Fluchtursachen müssen endlich konsequent bekämpft werden. So titelte auch heute wieder der *Weser-Kurier*: Der Vorwurf lautet: Unter dem Vorwand der Bekämpfung der Fluchtursachen verfolgt ihr egoistische Ziele. Es geht euch eigentlich nur darum – das hat auch Herr Movassat wieder gesagt –, Abschottungspolitik zu betreiben, Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Europa, nach Deutschland zu kommen, oder Rohstoffe zu sichern. – Dieser Widerspruch zieht sich durch viele Diskussionen. Der Vorwurf lautet, dass wir nicht den Mensch in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen.

(B)

Meine Rede befasst sich daher mit der Frage: Steht der Mensch im Mittelpunkt oder unser Egoismus? Ich sage ganz klar: Es geht natürlich um den Menschen. Es geht um die Menschen in Mali. Sie sollen in ihrer Heimat eine Zukunft haben. Sie sollen Überlebenschancen haben. Sie sollen Sicherheit haben und vor Terrorismus geschützt werden. Für sie sollen natürlich auch die Menschenrechte gelten, die für uns so selbstverständlich sind.

Genau deshalb brauchen wir die Mission MINUSMA. Sie ist wichtig für Mali. Dies möchte ich an drei Punkten – es sind keine kleinen Punkte, aber ich muss mich kurzfassen – darlegen. Durch den vernetzten Einsatz ziviler und militärischer Kräfte kann der Hunger bekämpft werden, können Krankheiten bekämpft werden und können Bildung, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sichergestellt und gewährleistet werden. All das ist nur möglich, wenn es Sicherheit gibt, wenn es Schutz vor Terroristen gibt.

Zur Bekämpfung von Hunger. 180 000 malische Kinder leiden unter Mangelernährung. Nur 77 Prozent der Bevölkerung haben regelmäßig Zugang zu Trinkwasser. Deutschland sorgt mit dem Schwerpunkt Landwirtschaft, Trinkwasserversorgung und Abwasser für eine Verbesserung dieser Situation.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Das ist den Linken völlig egal!)

Die „Aktion gegen den Hunger“ der Deutschen Welthungerhilfe half 2014 über 800 000 Menschen. Dies ist und war ohne die Schaffung von Sicherheit und Ordnung, ohne den Einsatz unserer Truppen bzw. der Truppen der Vereinten Nationen nicht möglich.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch die Bekämpfung von Krankheiten wäre nicht möglich, wenn es keine Sicherheit gäbe. Die Lebenserwartung in Mali liegt bei 58 Jahren. Besonders wichtig ist der Kampf gegen Malaria. Ärzte ohne Grenzen gelang es 2015, 190 000 Kindern Antimalariamedikamente zu verabreichen. All das wäre nicht möglich, Herr Movassat, wenn wir das täten, was Sie möchten. Sie denken, Sie seien schlauer als die 16 Nationen, die sich an diesem Einsatz beteiligen.

Auch örtliche Krankenhäuser müssen natürlich unterstützt werden, Impfungen müssen durchgeführt werden. Dabei muss es einen Schutz vor Gewaltausbrüchen geben. Deswegen ist der Einsatz der Hubschrauber auch so wichtig; denn nur so kann man im Notfall Verletzte ausfliegen und Hilfskonvois begleiten.

Außerdem brauchen wir gerade in einem solchen Land – das ist das Gute an diesem vernetzten Einsatz – Bildung, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Da beteiligt sich Deutschland an einem Kommunalentwicklungsfonds und stellt den Bau von Schulen und Infrastruktur sicher. All das könnte nicht gemacht werden, Herr Movassat, wenn es nach Ihnen ginge. Ich möchte einmal wissen, worin eigentlich Ihre Alternativen zu diesem Bundeswehreininsatz liegen.

(D)

Das Kinderhilfswerk Dritte Welt hat seit 1995 immerhin 20 Schulen gebaut. Noch besuchen 60 Prozent der schulpflichtigen Kinder keine Grundschule. Der Bau von Schulen ist also wichtig, und wenn wir es nicht tun, dann besteht die große Gefahr der weiteren Radikalisierung. Wir wissen, wie diese voranschreitet. Es ist ja schon beschrieben worden, wie sich der Terror in diesem Land zurzeit darstellt.

Ich will schließen – die Präsidentin macht mich auf die Redezeit aufmerksam – mit einem Zitat von UN-Generalsekretär Guterres, der nach dem dramatischen Anschlag in Gao, bei dem es über 70 Tote gab, Folgendes sagte:

Nach dieser verabscheuungswürdigen Tat sind wir noch entschlossener, die malische Bevölkerung, die Regierung und die Unterzeichner der nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen bei ihrem Einsatz für Frieden, ihrem Kampf gegen den Terrorismus und dem Friedensabkommen zu unterstützen.

Deshalb halten wir fest: Ohne Sicherheit keine Strukturen, ohne Strukturen keine Schulen, ohne Schulen keine Bildung, und ohne Bildung haben Terrorismus und Islamismus weiterhin ein leichtes Spiel. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen, und deshalb brauchen wir die Mission. Wir sollten die Soldaten nicht verunsichern, sondern ihnen an dieser Stelle danken, dass sie bereit sind, in diesen gefährlichen Einsatz zu gehen.

Elisabeth Motschmann

(A) Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Dirk Vöpel hat als nächster Redner für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dirk Vöpel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir entscheiden gleich nicht nur darüber, ob wir die deutsche Beteiligung an der MINUSMA-Friedensmission der Vereinten Nationen um ein weiteres Jahr verlängern. Wir entscheiden auch darüber, ob wir das Mandat der Bundeswehr in Mali zum zweiten Mal in Folge substanziell erweitern, in quantitativer, aber vor allem in qualitativer Hinsicht. Mit der Aufstockung der Personalobergrenze von 650 auf 1 000 Soldatinnen und Soldaten, der Übernahme der Rettungskette von unseren niederländischen Freunden sowie der Verlegung von vier Kampfhubschraubern wird dies dann der aktuell bedeutendste Auslandseinsatz der Bundeswehr sein.

(B) Derzeit kommen viele schlechte Nachrichten aus Mali. Wir erleben in den letzten Monaten ein Wiederaufflammen des Terrors, auch im vermeintlich sicheren Süden und in der Mitte Malis. Seit Januar 2016 zählt die Gesellschaft für bedrohte Völker 411 Terroropfer, darunter 209 Zivilisten. Seit Juli letzten Jahres wurden 16 MINUSMA-Angehörige getötet und 57 verletzt. Ende November kam es am Flughafen von Gao bereits zu einer Autoexplosion, bei der glücklicherweise niemand zu Schaden kam. Zum bisher blutigsten Höhepunkt kam es in der letzten Woche, als ein Selbstmordanschlag auf ein malisches Militärcamp in Gao mindestens 77 Tote und 115 Verletzte forderte.

Standen bisher vor allem Soldaten der malischen Armee, UNO-Blauhelme oder französische Soldaten der Operation Barkhane im Fadenkreuz der Terroristen, zielte der Anschlag in Gao direkt auf eine der Säulen des Friedensvertrages von 2015. In dem Abkommen wurde die Aufstellung neuer Truppenverbände zur gemeinsamen Durchführung von Patrouillen im Norden Malis vereinbart. Diese sogenannten MOC-Bataillone sollen zu je einem Drittel aus Soldaten der malischen Armee, Angehörigen regierungsnaher Milizen und ehemaliger Tuareg-Rebellen gebildet werden.

Ziel ist nicht nur eine wirksamere Bekämpfung der Terroristen in ihren Hochburgen im Norden Malis durch ortskundige Kämpfer. Durch die miteinander geteilte Ausbildungs- und Einsatzerfahrung soll zwischen den bisher verfeindeten Gruppen Vertrauen entstehen. Langfristig sollen diese Bataillone in die regulären malischen Streitkräfte überführt werden. Lange Zeit wurde die Aufstellung dieser Verbände insbesondere von den Tuareg boykottiert. Erst gegen Ende des letzten Jahres konnten sich die Exrebellengruppen endlich dazu durchringen, die gemeinsamen Patrouillen aufzunehmen.

(C) Der schreckliche Autobombenanschlag der letzten Woche richtete sich exakt gegen das Militärlager und die Angehörigen des ersten neuen Bataillons, das jetzt mit dem Einsatz beginnen sollte. Ziel, Zeitpunkt und Ort des Angriffes waren mit großer Präzision und vermutlich auch Insiderwissen gewählt. Er galt einem noch wenig belastbaren Tragpfeiler des Friedensabkommens, erfolgte nur wenige Tage nach dem Frankreich-Afrika-Gipfel in Bamako und wurde in der malischen Stadt mit der stärksten Militärpräsenz verübt.

Die Dschihadisten haben Schlagkraft demonstriert. Aber sie haben mit dem gleichen Blut zu Protokoll gegeben, dass sie die neuen gemeinsamen Patrouillen für eine reale Bedrohung halten. Die internationale Gemeinschaft muss deshalb darauf drängen, dass dieses Projekt jetzt noch entschlossener weiterverfolgt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundeswehr beteiligt sich in Mali erstmals in so großem Umfang an einer landgestützten UNO-Friedensmission. Mit dem Einsatz der Aufklärungssysteme LUNA und Heron 1 sowie der befristeten Übernahme der luftgestützten Rettungskette stellt Deutschland Hochwertfähigkeiten zur Verfügung, auf die eine Mission wie MINUSMA elementar angewiesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das personelle Rückgrat der UN-Friedensmissionen bilden nach wie vor die vielen Blauhelmsoldaten aus Entwicklungsländern wie beispielsweise Bangladesch. Diese verfügen aber nicht über die für solche Einsätze erforderlichen Hochtechnologiekomponenten.

(D) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer eine starke UNO will, der muss auch seinen Beitrag leisten. Wir werden dem Antrag der Bundesregierung zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Als letzter Redner in dieser Debatte spricht Dr. Reinhard Brandl für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen gleichzeitig, ihre Gespräche einzustellen und dem Kollegen zuzuhören.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das lohnt sich! – Jürgen Hardt [CDU/CSU]: Da kann man noch etwas lernen!)

Das ist auch ein Gebot der Fairness, des Umgangs untereinander. – Herr Brandl, Sie haben das Wort.

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will Ihnen vier Gründe nennen, warum wir diesem Mandat gleich zustimmen sollten.

Der erste Grund ist: Mali liegt mitten in dem Pulverfass Sahelzone. Die Sahelzone erstreckt sich durch

Dr. Reinhard Brandl

- (A) ganz Afrika, vom Senegal im Westen bis hinüber nach Äthiopien im Osten. Keines dieser Länder ist bisher Ausgangspunkt für Migration. Aber in fast allen dieser Länder schwelen interne Konflikte, sei es aufgrund von Separatistenbewegungen oder durch den in den letzten Jahren verstärkten islamischen Terrorismus. Wir haben ein hohes sicherheitspolitisches Interesse, diese Region zu stabilisieren. Ich will es bildlich ausdrücken: Wenn uns der Sahel zerbröseln, dann bricht ganz Nordafrika weg, und dann gibt es kein Halten mehr.

Der zweite Grund: Mali ist Schwerpunktland deutschen Engagements in Afrika. Wenn wir in einem Land einen Beitrag zur Stabilisierung des Sahel leisten können, dann ist es in Mali.

Das MINUSMA-Mandat, über das wir heute abstimmen, ist ja nur ein Baustein. Wir sind engagiert bei EUTM Mali, der EU-Ausbildungsmission. Wir stellen zum Beispiel bei der Polizeimission der EU, EUCAP Sahel Mali, den Leiter. Wir sind seit vielen Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert, in der zivilen Krisenprävention und bei humanitärer Hilfe. Durch diese Schwerpunktsetzung und durch die langjährige Erfahrung haben wir Ansprechpartner und Einfluss in diesem Land. Die Bundeskanzlerin war erst vor wenigen Monaten zu Gesprächen in Mali, und mit unserer Beteiligung an MINUSMA stärken wir den Einfluss in diesem Land.

Der dritte Grund: MINUSMA ist eine Mission der Vereinten Nationen. Wir haben in diesem Saal oft darüber gesprochen, dass wir uns stärker bei VN-Friedensmissionen engagieren müssen. Wir sind ja spitze darin, Ansprüche zu formulieren. Wir sind auf Platz 4 bei den Beitragszahlern, aber immer noch auf Platz 46 bei den Truppenstellern der VN-Missionen.

- (B) Mit der Erweiterung des Mandats, die wir heute beschließen, leisten wir einen echten Hochwertbeitrag, den außer uns kaum ein anderes Land in dieser Form leisten kann. Wir stellen Hubschrauber zur Sicherstellung der Rettungskette, und wir liefern Aufklärung, ohne die es überhaupt nicht möglich wäre, in einem Land wie Mali, das dreimal so groß ist wie Deutschland, überhaupt nachzuvollziehen, welche Konfliktpartei sich gerade an welche Vereinbarung des Friedensabkommens hält oder nicht. Deshalb ist dieser Beitrag wichtig. Wir stärken damit die Mission, aber wir stärken auch die Rolle der VN in der Region.

Der vierte Grund: MINUSMA schafft Sicherheit in Mali. Ohne MINUSMA wären die malische Regierung und die malischen Sicherheitskräfte nicht in der Lage, ihre Bevölkerung und die Hilfsorganisationen vor terroristischen Angriffen zu schützen. Es gibt immer noch verschiedene islamisch-terroristische Gruppen, die versuchen, den Friedensprozess zu unterlaufen und die Bevölkerung durch Terroranschläge einzuschüchtern.

Auch mit MINUSMA bleibt die Lage in Mali gefährlich. Aber ohne den Stabilitätsanker MINUSMA würde das Land vollkommen ins Chaos abgleiten. Auch für Mali gilt: Ohne Sicherheit kein Frieden, und ohne Sicherheit keine Entwicklung. Das Bittere ist: Mali war in Afrika vor wenigen Jahren noch ein Musterbeispiel für Demokratie. Wir mussten im Herbst 2011, als von Li-

- byen her die bewaffneten Tuareg-Truppen in das Land einfielen, mitansehen, wie die Regierung von Mali nicht in der Lage war, ihr Land und ihr Volk zu schützen, als es darauf ankam. (C)

Ich erinnere mich an viele Sondersitzungen, die wir damals hier hatten, auch im Verteidigungsausschuss, und wir mussten mitansehen, wie schnell es in Afrika gehen kann, dass ein Land, das eigentlich auf einem guten Weg war, plötzlich in die Instabilität abgleitet. Wir mussten auch mitansehen, wie schnell ein Konflikt von einem Land – in diesem Fall war es Libyen – auf ein anderes Land übergreifen kann.

Damit bin ich wieder bei meinem ersten Punkt: das Pulverfass Sahelzone. Ein Funke kann in dieser Region einen Flächenbrand auslösen. Um das zu verhindern, sind wir in Mali und bei MINUSMA aktiv. Ich bitte um Zustimmung zu dem Mandat.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende dieser Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, MINUSMA. (D) Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/10967, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 18/10819 anzunehmen. Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung namentlich ab, und ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze an den Urnen einzunehmen. – Sind alle Urnen besetzt? – Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie jetzt bitten, Ihre Plätze wieder einzunehmen. – Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(Glocke der Präsidentin)

– Nun habe ich zum ersten Mal zur Glocke gegriffen, und ich möchte Sie bitten, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich weiß, dass wir jetzt nicht nur eine wichtige Debatte, sondern auch eine wichtige Rede von Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier vor uns haben, der für die

¹⁾ Ergebnis Seite 21523 C